

Der allgemeine Rechtsruck gestaltet sich für uns als lebensbedrohlich ...

Artikel für Cupiditas 2019/maiz-Linz

2002 jubelten wir! Sexarbeiter*innen hatten in jahrelangen Kämpfen, politischen Diskussionen und etlichen Gerichtsprozessen letztlich die Bundespolitik zur Verabschiedung des **Prostitutionsgesetzes** bewegen können. Danach hatten wir Sexarbeiter*innen endlich das RECHT auf unseren Lohn gegenüber dem Kunden. Außerdem konnten Bordelle ordentlich geführt werden und mussten nicht mit Schließungen aufgrund von fadenscheinigen Vorwürfen rechnen. Und es konnten – zumindest theoretisch – sogar Arbeitsverträge abgeschlossen werden mit der Absicherung in den Sozialversicherungen.

Diese Neuerungen für die Sexarbeit sind für andere Branchen längst selbstverständlich! Für uns bedeutete es einen Paradigmenwechsel. Endlich hatten wir Rechte und forderten diese auch selbstbewusst, z. B. gegenüber den Kunden, den BordellbetreiberInnen und den kontrollierenden Behördenvertretern. Dies machte uns stolz und stark. Wir schmeckten deutlich das Gefühl von Gleichberechtigung und Respekt! Und wir lernten schnell: es gibt noch mehr! Mehr Gesetze sollten fallen, mehr Gleichberechtigung mit anderen Erwerbstätigen wollten wir, keine Diskriminierung und ganz viel Professionalisierung.

Schnell gründeten sich – wie in anderen Branchen gang und gäbe – eigene Organisationen. Zunächst der Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen e. V.¹, als Interessenverband der BordellbetreiberInnen und selbstständigen Sexarbeiter*innen, und dann 2013 der Berufsverband erotischer und sexueller Dienstleistungen e. V.², ausschließlich für Sexarbeiter*innen. Natürlich gab es viel zu tun: Wissen an die Mitglieder vermitteln, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit, Transparenz und ein realistisches Bild vermitteln, ... und die Übertragung des Inhalts und des Geistes des Prostitutionsgesetzes auf andere Gesetze (z. B. auf das Gewerberecht, die Steuern, die Sperrgebiets-Verordnungen).

Doch inzwischen hatte sich auch die Gesellschaft verändert. Sie war konservativer geworden. Bürgerlichkeit und Kleinfamilien wurden wieder groß geschrieben. Ein allgemeiner Rechtsruck muss festgestellt werden. Auch sog. Feministinnen, die vorher noch für das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung

1 Der Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen (BSD) e. V. gründete sich schon 2002: www.bsd-ev.info

2 Berufsverband erotischer und sexueller Dienstleistungen (besd) e. V.: <https://berufsverband-sexarbeit.de>

auf die Straßen gegangen waren mit Slogan wie „Mein Körper gehört mir“ und dem „Recht auf freie Sexualität“, erhoben plötzlich ihre Stimmen gegen Sexarbeit. Sie sprachen nur noch von Opfern, Sexarbeit sei per se Vergewaltigung und Gewalt und die gesamte Branche werde geführt von Kriminellen und Ausbeutern.

Das Verwerflichste daran ist, dass die lautstärksten Befürworter*innen wieder mal die „weißen“, gut ausgebildeten, etablierten, reichen und mit gewisser Macht ausgestatteten Frauen sind. Natürlich sprachen sie nicht mit Sexarbeiter*innen und behaupteten selbstverständlich zu wissen, was für uns gut ist und was wir brauchen. Trotz unseres anhaltenden Protestes, unserer Gegenwehr und unserer ständigen Beweise, wie selbstbewusst und selbstständig wir die Sexarbeit ausüben und auch weiter ausüben wollen, erhoben sie sich mehr und mehr in eine paternalistische und rückwärtsgewandte Haltung.

2017 lässt uns weinen! Am 01. Juli trat das sog. Prostituiertenschutzgesetz in Kraft. Es hat unsere Arbeit und unser Leben entscheidend verändert. Seitdem müssen wir uns in einem Turnus von ½ bzw. 1 Jahr bei einer Gesundheitsbehörde gesundheitlich (pflicht-) beraten und bei einer anderen Behörde im Turnus von einem 1 bzw. alle 2 Jahren³ registrieren lassen. Über beides erhalten wir Bestätigungen bzw. einen Ausweis, der umgangssprachlich „Hurenausweis“ genannt wird. Ohne diese Bestätigungen darf uns kein Bordell mehr arbeiten lassen.

Bordelle unterliegen großen Kontrollen und müssen enorme Auflagen erfüllen. Verstöße werden mit Bußgeldern geahndet, wobei die Kunden noch am schlimmsten dran sind: für Verkehr ohne Kondom können sie mit einem horrenden Bußgeld von bis zu 50.000 Euro bestraft werden⁴.

Ein gewaltiger Verwaltungsapparat wurde deutschlandweit aufgebaut, bzw. ist im Aufbau. Mit neuem Personal (woher kommen sie, wer bildet sie aus, welche Haltung vertreten sie, usw.), neuen Räumen, Ausstattung, Technik.

Das kostet richtig viel Geld. Aber bringt niemals **SCHUTZ**. Sexarbeiter*innen werden registriert, kontrolliert, ihre Daten wandern von Behörde zu Behörde⁵ und sie werden Zwangs-Geoutet. Denn den „Hurenausweis“ müssen sie bei der Arbeit mit sich führen und das bedeutet die Gefahr, dass fremde Personen, z. B. bei einer Autokontrolle der Polizist, oder die Kinder/der Partner zuhause den Ausweis sehen. Doch unsere Anonymität ist unser Schutz, solange es in unserer Gesellschaft keinen Respekt und keine Gleichberechtigung gibt.

2 Jahre nach dem Inkrafttreten des sog. Prostituiertenschutzgesetzes⁶ lässt uns das ganze Ausmaß der Änderungen nur schrecken:

- manche Sexarbeiter*innen verweigern die Anmeldung und tauchen ab ins Private, ins Internet, ins Dubiose. Ihnen fehlt damit der Schutz der Bordelle

3 Für die unter 21-jährigen Sexarbeiter*innen gelten die kürzeren Fristen.

4 Freilich fragt sich, wie man dies beweisen will? Kunde und Sexarbeiter*in sind in der Regel allein im Zimmer. Aber der Gesetzgeber wollte abschrecken...

5 Trotz Datenschutzbestimmungen.

6 Und noch längst ist das Gesetz nicht überall in Deutschland umgesetzt. Kontrollen werden eher noch nicht durchgeführt.

und der KollegInnen mit dem unkomplizierten Austausch und der Professionalisierung. Sie lassen sich leichter auf gefährliche Situationen ein. Von ersten erschütternden Gewalterfahrungen wird berichtet.

- bisher gut geführte Bordelle schließen oder werden von den Behörden geschlossen. Besonders die kleinen können die Auflagen und Veränderungen nicht stemmen. Damit gehen wertvolle Arbeitsplätze für Sexarbeiter*innen verloren. Und die Gefahr besteht, dass nur die großen überleben werden. Was natürlich eine enorme Einschränkung des Angebots von Arbeitsplätzen für Sexarbeiter*innen bedeuten wird.

Aber das Schlimmste ist der Vertrauensverlust in die Politik und die Behörden (und die Gesellschaft). Was soll ich von IHNEN halten, auch von meinen damaligen feministischen Mitstreiter*innen, wenn ihnen meine Rechte so wenig wert sind? Wenn sie mich nur als Opfer, als fremdbestimmt, als unmündig für eigene Entscheidungen betrachten? Sie selbst nicht davor zurückschrecken, mir Menschen- und Grundrechte⁷ zu verwehren?

Und das ist noch nicht alles: ProstitutionsgegnerInnen treten darüber hinaus auch an, nach dem Prostituiertenschutzgesetz das Nordische Modell⁸ oder gleich ein allgemeines Prostitutionsverbot in Deutschland durchzusetzen.

Ihr Engagement kann ich nicht verstehen, außer der moralischen Intension. Denn Schutz sieht anders aus:

- Warum setzen sie sich nicht dafür ein, dass wir die gleichen Rechte haben wie sie? Z. B. dem Recht auf freie Berufswahl.
- Warum unterstützen sie uns nicht bei unserer Gründung einer Selbstvertretung, um autonom und selbstständig unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern und eine breite Professionalisierung zu installieren?
- Warum bieten sie keinen ausreichenden Opferschutz für die Opfer von Gewalt und Ausbeutung an?
- Warum tun sie nichts auf struktureller Ebene für gute Arbeitsplätze für den Umstieg aus der Sexarbeit, für einen leichten Zugang zur Krankenabsicherung, für bezahlbaren Wohnraum, für ausreichende Drogenprogramme, die Armut in dieser Welt und die Ausbeutung des Ostens oder des Südens durch uns?

Wo lassen sie ihren Parolen Taten folgen? Nein, sie entscheiden sich für Registrierung, Kontrolle, Stigmatisierung und Kriminalisierung. Das ist kein Schutz! Aber an ihren Taten werden wir sie messen.

Denn wir kämpfen weiter und geben nicht auf. Wir wissen, was wir wollen, was gut für uns ist und was wir brauchen. Und das tragen wir mehr und mehr

7 z. B. das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung – u. a. Art. 1 + 2 GG, das Recht auf Arbeit und Beruf und Arbeitsplatz – Art. 12 GG, ganz zu schweigen vom Datenschutz und dem Recht auf die Unverletzlichkeit des privaten Wohnraums.

8 In Schweden wurde vor 20 Jahren ein Gesetz eingeführt, dass Kunden von Sexarbeiter*innen bestraft – nicht die Sexarbeit verbietet. Die Folge davon ist, dass Sexarbeiter*innen nicht mehr offen agieren können, weil die Kunden befürchten von der Polizei erwischt und bestraft zu werden, sich mit den Kunden an den unmöglichsten Orten treffen oder ihre Kunden ganz verlieren und damit ihren Lebensunterhalt.

gebündelt und vereint in die Öffentlichkeit, z. B. zuletzt beim Strich / Code / Move Schwarmkunstprojekt ⁹ der bundesweiten Kampagne „Sexarbeit ist Arbeit. Respekt!“¹⁰ in Berlin: 1 Woche haben wir am Hauptbahnhof mit 5 Wohnwagen oder „Lovemobilen“ als Symbol für Sexarbeitsplätzen gestanden, haben informiert, mit Passanten Kunst gemacht und die Wagen, den Boden und die Laternen mit „Preis“- Etiketten beklebt, sind ins Gespräche gekommen über dies und das, aber auch über Intimität und Sexualität und Sexarbeit und deren Wert und Bedeutung - für jeden Einzelnen und die Gesellschaft. Aber wir haben auch Workshops durchgeführt, Performances und die Daspu-Modenschau bestaunt, gestritten, diskutiert, aber auch gelacht, getanzt und uns selbst gefeiert. Ende September zieht die „Karawane“ nach Hannover und dann vielleicht irgendwann mal nach Österreich.

Denn es geht um unsere Rechte - um die Rechte von Sexarbeiter*innen und aller Frauen.

Stephanie Klee, Sexarbeiterin und Aktivistin, Berlin



Foto von Strich / Code / Move

9 <https://strich-code-move.art>

10 www.sexarbeit-ist-arbeit.de